

Wiesbadener Neueste Nachrichten

Wiesbadener



Generalanzeiger

Organ von Staats-, Stadt- u. Gemeindebehörden.

Mittagszeitung der Stadt Wiesbaden.

Durch unsere Träger u. Droving-Poststellen
frei ins Haus: Woche 100.—, Monat 400.—, abgeholt: Woche 94.—, Monat 390.—
Bei der Post bestellt: Monat 430.—, Vierteljahr 1280.—
Einzelnummer 30.— M. — Die Bezüge der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ sind laut Versicherungsbedingungen mit 500 Mark gegen Abbruch des bei der Rheinberger Lebensversicherungsbank in Wiesbaden versichert.

Wiesbaden, 15 km. Umkreis: Deutsches Reich: Ausland: Belgien: 120.—, 150.—, 180.—, 200.—, 250.—, 300.—, 350.—, 400.—, 450.—, 500.—, 550.—, 600.—, 650.—, 700.—, 750.—, 800.—, 850.—, 900.—, 950.—, 1000.—
Anzeigenpreise: Die 5 mm breite Zeile oder deren Raum 10.—, 20.—, 30.—, 40.—, 50.—, 60.—, 70.—, 80.—, 90.—, 100.—
Im Restanort: Die 5 mm breite Zeile oder deren Raum 12.—, 15.—, 18.—, 20.—, 25.—, 30.—, 35.—, 40.—, 45.—, 50.—, 55.—, 60.—, 65.—, 70.—, 75.—, 80.—, 85.—, 90.—, 95.—, 100.—
Nachlag bei Wiederholungen ohne Zeitangabe und Stellenabnahme nach Tarif. — Bei ganzjähriger Werbung der Anzeigengebühren durch Ringe und bei Konstantverträgen wird der bewilligte Rabatt bewilligt.

Verlag, Schriftleitung und Druckerei: Nikolaistraße 11. Fernruf: 5915 und 5916.

Gründet: Wochenblatt von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. Sonn- und Feiertage geschlossen.

Nummer 279

Freitag, den 1. Dezember 1922.

37. Jahrgang

Vor dem Rücktritt Poincarés.

Aus Paris wird gemeldet, man halte es in französischen Kreisen für wahrscheinlich, daß Poincaré im Falle eines negativen Ausgangs der Londoner Besprechungen über die Reparationsfrage freiwillig zurücktreten werde, um Louchet Gelegenheit zu geben, die Lösung der Reparationsfrage durch eine Verständigung mit den Verbündeten und mit Deutschland zu versuchen. Man verleihe, daß Präsident Millerand für die Pläne Louchets gewonnen sei.

Auch der „Vorwärts“ glaubt aus den ihm zugegangenen Nachrichten schließen zu dürfen, daß die Stellung Poincarés erschüttert sei und Louchet als sein Nachfolger gelte.

Wir verzeichnen diese Nachricht mit allem Vorbehalt und enthalten uns aus begrifflichen Gründen jeder Randbemerkung.

Die Aussichten des Londoner Meinungsaustausches, der für den 9. Dezember geplant ist, wird, wie aus Paris gemeldet wird, in dortigen Kreisen pessimistisch beurteilt. Einen Ausgleich zwischen Poincarés Standpunkt und der englisch-belgischen Auffassung halte man fast für ausgeschlossen. In den Wandelungen der Kammer, so heißt es, ist die Kombination Louchet-Vorhous Hauptgesprächsgegenstand. Die Mitteilungen, die besonders in parlamentarischen Kreisen zu finden sind, erklären sich zum Teil unabhängig von der Reparationspolitik durch die Unzufriedenheit der Reichsrepublikaner und eines Teils der republikanischen Mitte wegen der Innenpolitik Poincarés.

Das Reparationsproblem.

Die Haltung Englands.

Paris, 1. Dez. Der Londoner Berichterstatter des „Zeitungsverstärker“ schreibt über die bevorstehende Londoner Konferenz zur Vorbereitung der Regelung der Reparationsfrage, Bonar Law sei bestimmt ein entschlossener Gegner improvisierter Lösungen. Es würde deshalb nicht überraschend sein, wenn er ein Moratorium von kurzer Dauer vorschläge, damit die alliierten Sachverständigen zu einem neuen Studium der Reparationsfrage hätten und ihren Regierungen die Grundlage für eine solide Entscheidung liefern könnten, bevor die endgültige Entscheidung getroffen werde. Wenn der Berichterstatter einige Auskünfte, die er in politischen autoritativen Kreisen erhalten habe, glauben können, hätte das britische Kabinett schon an ein Moratorium von zwei Monaten gedacht.

Die Rheinland-Frage.

Rundgebungen.

Berlin, 30. Nov. Vom Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes wurde in seiner Sitzung am 29. Nov. d. J. folgende Entschließung angenommen: Bestimmten Nachrichten zufolge beabsichtigt die französische Regierung in dem besetzten Gebiet deutsche Beamte durch französische zu ersetzen. Gegen diese denkbar schwerste Verletzung des Versailles-Vertrages erhebt der Gesamtverband des Deutschen Beamtenbundes schärfsten Einspruch und wird die Beamtenenschaft des besetzten Gebietes in jeder Weise, soweit erforderlich, unterstützen.

Konstanz a. d. S., 30. Nov. Die Androhung der neuen Sanktionsmaßnahmen, die auf eine Beschlagnahme des besetzten Gebietes hinführen, haben den Plan einer gemeinsamen Abwehrfront der gesamten pfälzischen Bevölkerung entfallen lassen. In einem in der „Pfälzischen Bürgerzeitung“ veröffentlichten Aufruf weist der bekannte pfälzische Demokrat Philipp Vossler darauf hin, daß die Verwirklichung der angekündigten Sanktionen die Vortrennung des besetzten Gebietes und des größten Teiles des Ruhrgebietes vom deutschen Reich bedeuten. In Anbetracht dieser ersten Stunde wird anregend, den alten Streit zu begraben, die Parteigegensätze und den Parteistandpunkt zurückzustellen, den Zusammenhalt der beiden liberalen Parteien, der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei herbeizuführen und eine deutsche Arbeitsgemeinschaft mit den übrigen Parteien, der Bayerischen Volkspartei und der Sozialdemokratie zu bilden. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Die Gefahr ist groß. Möge diese schwere Stunde ein starkes Geschlecht finden!“

Entschließung der Gewerkschaften.

Mainz, 30. Nov. Die Vertreter der Freien Gewerkschaften und der Freien Angestelltenverbände des Rheinischen Wirtschaftsgebietes mit circa 45 000 Mitgliedern, beschloffen sich mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die sich besonders durch die Vermögensverluste über Beschlagnahme des besetzten Gebietes und andere Maßnahmen von Tag zu Tag unsicherer gestalten, wurde folgende Entschließung angenommen:

Die Lage der Arbeiter und Angestellten des besetzten Gebietes verschlechtert sich in der letzten Zeit in ganz bedenklichem Maße. Besonders unheilvoll wirken die von der französischen Regierung geplanten Maßnahmen. Sollte auch nur ein Teil der in der Presse genannten Maßnahmen, die übrigens auch im Widerspruch mit dem Friedensvertrag stehen, durchgeführt werden, so befürchten die Gewerkschaften weitere Schädigungen in wirtschaftlicher und kultureller Beziehung. Die letzten Forderungen zur völligen Stillsetzung der Lösung der schwebenden Fragen kann nur durch Verständigung, niemals aber durch Gewalt erfolgen. Die Gewerkschaften haben durchaus Verständnis für die schwierige Lage, in der sich andere Länder, besonders auch Frankreich, befinden, und sind gewillt, alles zu tun, um zu einer friedlichen Lösung der Differenzen zu kommen. Insbesondere erachten es die Gewerkschaften nach wie vor, schon allein aus moralischen

Gründen, für ihre Pflicht, an dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuarbeiten. Die fortgesetzten Drohungen aber bringen die Völker immer mehr von dem Ziele, eine friedliche Gemeinschaft zu werden, ab und erzeugen auf beiden Seiten nur Haß und Erbitterung. Wir können aber heute keine Zustimmung gebrauchen, sondern müssen endlich zur Verteidigung und Verständigung kommen. Die Gewerkschaften des Rheinischen Wirtschaftsgebietes erklären nochmals auf das bestimmteste, daß sie unbedingt an dem Verbleiben bei der deutschen Republik festhalten und alle Bestrebungen auf Wiedergewinnung rheinischer Gebiete vom Reich mit Entschiedenheit zurückweisen. Weder Drohungen noch Versprechungen können die Arbeitsgemeinschaft in dieser ihrer Stellungnahme beeinflussen. Reichsregierung, Vorstand des RDB, und der Asa, sowie die Verbände der politischen Parteien werden ersucht, alles zu tun, um die Einheit der deutschen Republik zu sichern.

Eine Anfrage an Bonar Law.

London, 1. Dez. Gestern wurde im Unterhaus an Bonar Law wieder die Anfrage gerichtet, ob Großbritannien sich einem Versuch Frankreichs, das Rheinland von Deutschland loszureißen, widersetzen würde. Der Premierminister erwiderte, die Frage sei rein hypothetisch; es sei ihm daher nicht möglich, sie zu beantworten.

Die amerikanischen Truppen am Rhein.

Wie aus London berichtet wird, wird die Absicht Amerikas, die amerikanischen Truppen vorläufig im Rheinland zu belassen, als das erste Ergebnis eines Meinungsaustausches zwischen Washington und London angesehen. Man ist in London geneigt in der amerikanischen Stellungnahme den Wunsch Garbings unterstreichen zu sehen, Amerika bei neuen Verhandlungen in europäischen Fragen nicht ausgeschlossen zu sehen. Andererseits ist diese Meinung bezweifelhaft für den Umsturz der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten gegenüber der militärischen Politik Frankreichs, der seinen Niederlagen in der angekündigten Note Garbings an Poincaré finden soll.

Rußlands politisches Programm

Erklärungen Schischterins.

Berlin, 1. Dez. Schischterin, der auf der Durchreise nach Lausanne gestern in Berlin weilte, empfing am Abend in der Berliner russischen Botschaft die Vertreter der deutschen und ausländischen Presse und gab in englischer Sprache eine programmatische Erklärung ab, in der er folgendes ausführt:

Das russische Programm in der Frage der Meerengen besteht in der Anerkennung der vollen Souveränitätsrechte des türkischen Volkes. Die Meerengen sind territoriale Gewässer der Türkei. Unsere weiteren Forderungen betreffen die Schließung der Meerengen für Kriegsschiffe aller Nationen, ausgenommen der Türkei. Die Nichtzulassung von Kriegsschiffen in den Meerengen ist eine Notwendigkeit, da nur so Konstantinopel vor Angriffen geschützt und der Friede am Schwarzen Meer aufrecht erhalten werden kann. Rußland verlangt, daß die Türkei mit allen Mächten einen Vertrag über die Schließung der Meerengen für alle Kriegsschiffe abschließen soll, wie er früher bestanden hat. Jede Vereinbarung, die die Souveränität der Türkei anfaßt oder Konstantinopel gegen das Erscheinen von Kriegsschiffen ungeschützt lassen würde, würde sehr bald durch das türkische Volk beseitigt werden und zwar mit voller Unterstützung Rußlands, das nie einem Abkommen zustimmen wird, durch das die Souveränität der Türkei verletzt oder Konstantinopel fremden Kriegsschiffen ausgesetzt wird.

Gleichzeitig mit der Schließung der Meerengen, muß die Türkei für den Handelsverkehr in den Meerengen gesichert sein. Dies ist bereits in dem Moskauer Vertrag zwischen Rußland und der Türkei festgelegt, und dieser Grundsatze ist in dem Nationalpakt von Angora enthalten, der das Programm der türkischen Bewegung ist. Die letzten beiden Jahre haben bewiesen, daß das türkische Volk nicht vernichtet werden kann. Eine neue nationalistische Mittelgruppe ist entstanden. Sie verlangt, daß das türkische Wirtschaftsleben in den Händen des türkischen Volkes liegen müsse und will es nicht zulassen, daß hierüber das Ausland entscheidet. Ich bin nicht sicher, ob es möglich sein wird, in Lausanne zu einer endgültigen Lösung zu kommen, aber zu welcher Entscheidung man in Lausanne auch gelangen mag, die türkische Nationalbewegung wird nicht verhindert werden können, ihr Ziel zu erreichen. Das Programm der russischen Regierung wird das gleiche bleiben, wie auch die Entscheidung der Mächte in Lausanne ausfallen wird, nämlich, daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker d. h. in diesem Falle, die Verwirklichung der Souveränitätsrechte des türkischen Volkes völlig durchgeführt werden. Das ist die Richtlinie der osteuropäischen Politik Rußlands vom gleichen Gesichtspunkte ist die Politik Rußlands in Bezug auf die übrigen osteuropäischen Fragen ausgerichtet. Die Konferenz über die allgemeine Entwaffnung wird in Kürze beginnen. Auch hier werden wir praktische Vorschläge machen für die Beseitigung von Konflikten zwischen Nachbarn. Wir machen deshalb der bereits in Angora gemachten Vorschlag auf Schaffung kontrollierter Zonen an den Grenzen. Das größte Hindernis für den Erfolg dieser Konferenz in Moskau ist der Anspruch Rumäniens auf Bessarabien. Es wäre uns nicht möglich, außer Ziel zu verfolgen, wenn Rumänien außerhalb der vertraglich festgelegten Grenzen bliebe. In Lausanne und auf der Moskauer Konferenz bleibt unser Grundbedanke eine Vereinbarung, die das Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, die Sicherheit des Friedens und die Beseitigung der Ursachen von Konflikten zwischen den Staaten betrifft.

Der kommunistische Generalstreik.

Die Lage.

Ludwigshafen, 30. Nov. Die Lage des wilden Generalstreiks in Ludwigshafen ist unverändert. Lediglich in der Mannheimer Fabrik Gebr. Sulzer, deren Arbeiter sich gestern dem Generalstreik angeschlossen hatten, ist die Arbeit von der ganzen Belegschaft wieder aufgenommen. Trotz der großen Zahl der Streikenden ist es bis jetzt noch nirgends zu Zwischenfällen gekommen. Man glaubt, daß der Streik bald in sich zusammenbrechen wird, da der Ausstand von den Gewerkschaften nicht anerkannt ist und daher nach den gewerkschaftlichen Grundsätzen keine Streikgelder bezahlt werden. Da die Wochenlöhne allein für die streikenden Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik 180 Millionen Mark betragen, wird es den kommunistischen Drahtziehern des wilden Generalstreiks durch nichts möglich sein, Unterstützungsgelder in ansehnlicher Höhe zu erhalten. Schon jetzt macht sich unter der Arbeiterschaft eine Stimmung gegen die für den Streik verantwortlichen kommunistischen Führer bemerkbar.

Mit welchen Mitteln die Drahtzieher der ganzen Sache, wie sie in einem Flugblatt der freien Gewerkschaften genannt werden, arbeiten und den Streik in der Badischen Anilin- und Sodafabrik und anderen Ludwigshafener Betrieben auf die ganze Pfalz auszudehnen versuchen, geht daraus hervor, daß eine Abordnung der Streikenden bei dem Delegierten der Interalliierten Rheinlandskommission in Ludwigshafen vor sprach und ihm eine vollständig falsche Darstellung der Ursache des Streiks in der Badischen Anilin- und Sodafabrik gab. Die Abordnung erklärte, daß drei Betriebsratsmitglieder der Badischen Anilin- und Sodafabrik entlassen worden seien, obwohl sie mit Genehmigung der Direktion an dem wilden Betriebsratskongreß teilgenommen hätten. Dagegen ist durch das Urteil des Gewerbegerichts, also durch eine unparteiische Instanz, einwandfrei festgestellt worden, daß die drei Betriebsratsmitglieder ohne Urlaubsgenehmigung zu dem von den Gewerkschaften nicht anerkannten Betriebsratskongreß fuhrten. Der französische Bezirksdelegierte hat das Ansuchen der Streikabordnung, in die Angelegenheit einzugreifen, abgelehnt, weil es sich um eine rein deutsche Angelegenheit handle, und hat sich nur bereit erklärt, den Vorfall den deutschen Behörden mitzuteilen.

In einem Flugblatt der freien Gewerkschaften an ihre Mitglieder wird mitgeteilt, daß die Ansicht der Gewerkschaftsführung dahin geht, daß das Streikobjekt nicht so groß sei, daß sich daraus ein Generalstreik entspinnen dürfte, da die Frage der Entlassung der Arbeiterkräfte auf dem Verhandlungswege zu regeln gewesen wäre. Ausdrücklich wird hervorgehoben, daß tatsächlich die Entlassung und nichts anderes der Grund zur Entfaltung der großen Bewegung war, vor dessen katastrophalen Folgen die Gewerkschaften vergeblich gewarnt haben und daß Lohnfragen und Fragen der Arbeitsverlängerung hier trotz entgegenstehenden Behauptungen keine Rolle spielen. Wenn dies jetzt mit hineingeworfen wird, so nur deshalb, um nachträglich künstlich eine Streikstimmung hervorzurufen.

Die französische Befehlshaberbehörde hat den Ludwigshafener Behörden mitgeteilt, daß sie aufgrund der einschlägigen Bestimmungen des Rheinlandsabkommens ein Übergreifen des Streiks in die lebenswichtigen Betriebe nicht dulden werde. Der Bürgermeister von Ludwigshafen gibt bekannt: Nach einer Mitteilung des Herrn Delegierten der Rheinlandskommission und nach den Vorschriften derselben müssen alle Arbeiten, welche im Interesse der Befehlshaberbehörden sowie der Bevölkerung lebenswichtig sind, geleistet werden. Es werden hierauf Arbeitgeber wie Arbeitnehmer aufmerksam gemacht.

Brot mit Kartoffelmehl.

Berlin, 1. Dez. Wie wir erfahren, ist es nicht ausgeschlossen, daß in kurzer Zeit die Erzeugung des Broinreibes mit Kartoffelmehl notwendig wird. Von dem ersten Drittel der Umlage ist noch immer nicht alles geliefert. Im allgemeinen sind 75 Prozent abgeliefert, in Preußen sogar 83 Prozent. Voll abgeliefert haben bis jetzt Oldenburg und Anhalt. Der Ablieferungspreis der Reichsbrotbäckerei an die Kommunen wurde für Roggen von 20 000 auf 20 000, und für Weizen von 32 000 auf 35 000 erhöht.

Bekanntlich sollte das erste Drittel der Getreideumlage bis spätestens 1. Dezember d. J. abgeliefert sein. Wie wir von amtlicher Stelle erfahren, ist dies leider nicht der Fall. Die Ablieferung ist zwar im November etwas besser geworden. Damit ist jedoch noch keineswegs gesagt, daß die Zustände befriedigend seien. Die Gesamtmenge des bisher abgelieferten Umlagegetreides beträgt etwas über 600 000 Tonnen, erreicht also nicht den dritten Teil des gesamten Ablieferungsplans von 2 4 Millionen Tonnen, sondern umfaßt nur circa 72 Prozent dieses Drittels. Die Ablieferung in Preußen ist etwas besser gewesen. Sie beträgt 83 Prozent des ersten Drittels.

Die Wirkung der Clemenceau-Neden.

Chicago, 30. Nov. (Havas.) Eine hohe Persönlichkeit, die von dem Vertreter der Hava-Agentur interviewt wurde, erklärte: „Es ist unendlich, heute schon vorzusagen, welche Einbrüche die Neden Clemenceaus haben und welche Ergebnisse sie zeitigen werden. Immerhin können sich die Beweise, daß seine Worte ein großes Interesse erweckt haben und in den Vereinigten Staaten Sensation machen. Die Medien der Amerikaner aus ihrer gewohnten Kathedra und zwingen sie, sich zu fragen, ob ihnen nicht etwas zu tun übrig bleibt und ob sie sich nicht entschließen wollen, sich ungenügend in die europäischen Angelegenheiten einzumischen.“

Dollarkurs heute 10 Uhr: 7700.

Wozu verpflichtet die gegenwärtige Lage.

Ueber dieses Thema sprach in einer stark besuchten Versammlung der Deutschen Volkspartei am Dienstagabend in der Aula des Museums 2 Herr Amtsgerichtsrat Dr. Hermann Weillburg. Er ging bei seinen Ausführungen aus von der ungeheuren Verelendung des Mittelstandes,

die seit der Revolution eingetreten ist. Er machte an Beispielen klar, wie die Lebenshaltung immer mehr zurückgeht. Vor allem aber zeigt sich der Niedergang bei unseren Studenten, welche in den letzten Jahren arbeiten müssen, um sich das Geld für das nächste Semester zu verdienen, sowie bei unseren Frauen, die zu reinen Arbeiterinnen geworden sind und für Erhaltung und häusliche Gemütlichkeit keine Zeit mehr haben. Und darin liegt vielleicht die größte Gefahr für unsere Kultur. Wie im Kleinen, so findet sich der wirtschaftliche Niedergang auch im Großen. Das ausländische Kapital überflutet uns. So ist von dem Kruppischen Aktienkapital bereits ein großer Teil in fremde Hände übergegangen. Suchen wir nach den Gründen der ungeheuren Verelendung, so finden wir vor allem drei, den verlorenen Krieg, den Vertrag von Versailles und die Revolution.

Was nun unsere Zahlungsunfähigkeit betrifft, so wird diese auch von unsern Gegnern nicht bestritten, aber sie erklären, die Entwertung der deutschen Mark sei nicht zufällig, sie werde schließlich von uns selbst herbeigeführt. Das sind natürlich Unterstellungen, welche nicht enthielten genau zurückgewiesen werden können. Wenn uns in den Zahlungen, die wir doch nicht leisten können, keine Pause gewährt wird, was geschieht dann? Die Noten Voynacars und Russolais, vor allem aber die letzten Tage haben uns eine deutliche Antwort gegeben. Werden diese Ausleihungen ausgeführt, dann haben wir den schweren Winter vor uns.

Hunger- und Kohnnot werden schwere Griefe hervorrufen. Wenn man sich unter uns nach der Volkswirtschaft hinwenden will, so ist die Lage sehr trügerisch. Es bleibt nur ein Faktor, auf den wir uns verlassen können, das Vertrauen auf uns selbst, der feste Wille, uns nicht unterliegen zu lassen. Die Kraft dazu kann uns unsere heldenhafte Vergangenheit geben. Wir waren nicht zum ersten Mal in dieser Lage. Notwendig aber ist unter diesen Umständen die Herstellung einer Einheitsfront. Wir müssen alle Streitigkeiten zurückstellen, uns alle als Deutsche fühlen.

Rechner ist notwendig, daß die ungeheure Not, in der wir uns befinden, auch wirklich gemeinsam getragen wird. Daher müssen alle daran teilnehmen. Nichts gefährdet die Einheitsfront mehr als

das Praffen und Schwelgen.

Alle, die in diesem Glend sich davor nicht schämen, verbieten den Titel eines Deutschen nicht.

Das Arbeitszeit-Problem.

Wirtschaftlich ist Tatsache, daß nur von dem gelebt werden kann, was erzeugt d. h. erarbeitet wird. Rückschlüsse in der Erzeugung haben deshalb eine Verminderung der Verbrauchsmöglichkeit zur Folge. Wenn jedes Jahr 8-9 Milliarden Arbeitsstunden ausfallen, können notwendigerweise für den Verbrauch die Güter in der eigentlichen benötigten Menge nicht zur Verfügung gestellt werden. Psychologisch ist Tatsache, daß die zur Steigerung der Erzeugung und damit der Verbrauchsmöglichkeit notwendige Arbeitszeitverlängerung ohne glückliche Folgen bleiben muß, wenn sie nicht von einer entsprechenden Erhöhung der Arbeitslöhne begleitet wird. Beispiel dafür bietet das Ueber-schichtenabkommen im Bergbau, das im ersten Monat seines Bestehens fast völlig wirkungslos geblieben ist.

Mit diesen Tatsachen ist zu rechnen. Deshalb ist, um Schwierigkeiten zu vermeiden, ganz allgemein gesprochen, ein Abbau der Sozialpolitik zu vermeiden, von der der Achtstundentag in den Augen der Arbeiterschaft ein erheblicher Bestandteil ist; notwendig ist jedoch, daß sie stärker als bisher den wirtschaftlichen Erfordernissen angepaßt wird, wobei der Gesichtspunkt der Produktivität im Interesse der Volkswirtschaft der ausschlaggebende zu sein hat und wobei auch der Umstand eine Rolle spielen muß, daß eine erhebliche Erweiterung sozialpolitischer Rechte entsprechende Vermehrung wirtschaftspolitischer Pflichten unumgänglich macht. Auf den vorliegenden Fall angewandt bedeutet das, daß die sozialpolitische „Erregungsdauer des Achtstundentages“ nun angetaktet bleiben muß, daß aber dort, wo es notwendig ist, ein wirtschaftlicher Ausbau erfolgt.

Die Frage der Arbeitszeit läßt sich, soweit sie sich auf die zu ihr zu vollziehende Arbeitsleistung bezieht, in mehrere Gruppen teilen. Zur ersten Gruppe gehören die Fälle, bei denen eine derartige Anwendung an Arbeitsleistung verlangt wird, daß auf die Dauer eine Steigerung nicht oder nur sehr schwer möglich ist. Hier eine dauernde Arbeitsverlängerung zu verlangen, wäre unbillig. Der entgegengesetzte Fall ist der, bei dem die Arbeitszeit

zum großen Teil nur aus sogenannter Dienstbereitschaft besteht. In diesen Fällen ist eine Arbeitsverlängerung nicht nur eine wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern eine soziale Gerechtigkeit. Zwischen diesen beiden Gruppen liegen die Fälle, in denen die Arbeitsleistung dem normalen Durchschnitt entspricht. Hier ist eine Verlängerung der Arbeitszeit nur dann zu verlangen, wenn der Bedarf sie erfordert. In erster Linie kommen in Betracht die sogenannten Saisongewerbe (Landwirtschaft, Bauhandwerk usw.), bei denen die jetzige Arbeitszeit im Sommer viel zu kurz, im Winter dagegen viel zu lang ist. In diesen Fällen innerhalb der einzelnen Jahreszeiten einen Ausgleich zu schaffen dadurch, daß die Durchführung des Achtstundentages auf das ganze Jahr verteilt wird, erscheint nicht unbillig.

Der mit der Einführung des Achtstundentages begangene Fehler lag vor allem in seiner völligen Gleichgültigkeit gegenüber allen Berufsgruppen. Ein ebenso schwerer Fehler wäre, wenn jetzt ebenfalls wieder ohne Rücksicht auf die Eigenarten der verschiedenen Berufsgruppen eine abschließende Verankerung der Arbeitszeit beschlossen würde. Jeder Schematismus ist vom Uebel; er führt zur Bürokratie, schwächt aber die Wirtschaft. Die Bürokratie hat nur die Aufgabe, zu zeigen, daß die Wirtschaft der hier behandelten Fragen dadurch Rechnung zu tragen entschlossen ist, daß sie mit allem Beistand in der rechtlichen Ausgestaltung der Arbeitszeit vorangeht. Der Wirtschaft dagegen überläßt sie es am besten, wie in freier Vereinbarung wirtschaftspolitische Notwendigkeiten erfüllt werden, ohne daß durch Verletzung sozialpolitischer Erwägungen Schaden angerichtet wird.

Der verfassunggebende Landeskirchentag.

Der verfassunggebende Landeskirchentag trat nach einund-einhalbtagiger Unterbrechung, die für die Beratungen innerhalb der einzelnen Fraktionen vorbehalten war, am Mittwoch vormittag um 9 Uhr wieder zu einer Gesamtsitzung zusammen, die zunächst den Bericht der Verfassungskommission entgegennahm. Ein Antrag Kehr, der beim Beginn der Sitzung eingebracht wurde und sich auf den Vorbehalt der Verfassung bezog, wurde bis zur Befriedigung der einzelnen Abschnitte des Verfassungsentwurfs zurückgestellt. Zum Entwurf in seiner Gesamtheit sprachen alsdann die Vertreter der einzelnen Parteien und zwar Abgeordneter Pfr. Martin als erster für die Mitte, Abg. D. Dr. Ernst für die Rechte, Abg. Pfr. Schmidt-Wiesbaden für die Linke.

Der Sprecher der Mitte

Komte bei verschiedenen Ausstellungen im Einzelnen doch für das ganze Werk die Befriedigung seiner Partei zum Ausdruck bringen über das, was zustande gekommen war und die Hoffnung aussprechen, daß es gelingen möge, zu einem befriedigenden Ergebnis für alle Gruppen zu kommen. Er durfte dabei sowohl den konservativen Charakter vieler Bestimmungen hervorheben, die den Zusammenhang mit dem Alten und Bewährten herstellten, als auch auf den freiheitlichen Geist hinweisen, der das sich behauptet habe, wo es um Glaubens- und Gewissensfreiheit und deren Schutz gehe.

Der Sprecher der Rechten

betonte gleich eingangs seiner Ausführungen, daß er mehr der Kritik in seinen Bemerkungen zu dem vorliegenden Entwurf Raum geben müsse und wolle einzeln auf, wo diese Kritik einlege. Er nannte als absolute Hindernisse einer Einigung die Regelung der Frage des Vorlages in der Landeskirchenregierung, die Stellung des Landesparlamentarismus innerhalb der Verfassung und die Erhebung des Wahlalters. Zu den relativen Hindernissen, die für seine Gruppe beständen, rechnete er die Beratung der Pfrarrer durch die Landeskirchenregierung, das Nichtabstimmungsgesetz gegenüber dem Landeskirchenrat sowie die Einrichtung des Spruchkollegiums in der vorliegenden Fassung. Nachdem er sich auf den Wechsel im Vorsteh des Kirchenvorstandes, auf die Verlegung im Interesse des Dienstes, auf die Amtsdauer der Dekane und auf den Landesauschuss für Religionsunterricht. Seine Ausführungen ließ aber auch Abg. D. Dr. Ernst ausfallen in die Zukunft, daß vielleicht doch Einmütigkeit für die Schaffung der Verfassung zu erreichen sei.

Der Sprecher der Linken

erklärte in Anknüpfung an die Schlussbemerkung des Vorredners die Bereitschaft seiner Gruppe, eine Brücke über die Kluft, die jetzt noch bestünde, zu bauen, wenn er auch die Einwände der Rechten als eine starke Erleichterung dieser Arbeit mit seinen Freunden empfand. Er wies dann im Einzelnen auf die Zielsetzung seiner Partei gegenüber den einzelnen Abschnitten des Verfassungsentwurfs hin, so namentlich auf die Frage der Mitgliedschaft der Lehrer im Kirchenvorstand, der Verlegung im Interesse des Dienstes, der Neueinteilung der Kirchenkreise, der Amtsdauer der Dekane, der Erhaltung der Arbeitsgemeinschaften, des Wahlalters, des Nichtabstimmungsgesetzes, die gerade für die Linke ihre ausschlaggebende Bedeutung habe, der Landeskirchenregierung und ihrer Spitze, des Landesbischöflichen Amtes, der akademischen Vorbildung des Pfarrerrates und besonders des Landesauschusses für Religionsunterricht, der unter allen Umständen bleiben

sein Leben auf Reisen, wie er es auch auf der Wanderung endet. Schon als Neugeborener begleitet er seine Mutter im Ausfall. Niemand nimmt Rücksicht auf die Jahreszeit, und die kleinen Kinder werden in einer unbarmherzigen Kälte abgehärtet. Oft muß das jammernde kleine aber wilde Gletscher, durch Dunkel und Kälte getragen werden, und meist endet die Tragödie in einer kalten, eben errichteten Schneehütte. So spielt die Zweckmäßigkeit der Kleidung für jedermann die größte Rolle. Es ist die Aufgabe der Frau, die Kleider des Mannes zu nähen und instand zu halten, während der Mann als Jäger für den Unterhalt seiner Familie zu sorgen hat. Nicht umsonst sagt daher der Polarforscher, daß ein Mann als Jäger das ist, was seine Frau aus ihm macht. Alle Kleidungsstücke der Polareskimos bestehen natürlich aus Fellen, und sie haben so das Glück, die Tiere mit den wärmsten Fellen der Welt tragen zu können. Auf dem Körper wird ein leichtes, welches Vogelbalgleder mit den Federn nach innen getragen, darüber im Frühjahr, Sommer und Herbst ein Sechshandpelt mit den Haaren nach außen. Im Winter wird dieser mit einem Blauschneepelt vertauscht, der die leichteste und wärmste Kleidung darstellt, die es gibt. Als Bekleidung benutzen die Männer Wärenfelle, eine Art Anleghosen, die bis unterhalb des Knies reichen. Aus hübschen, weissen, vom Frost angebleichten Sechshandfellen ohne Haare werden die Stiefel angefertigt, die mit Hasenfellen gefüttert sind. Auf langen Schlittenreisen benutzt man auch langhaarige Stiefel aus den Vorderfüßen des Bären oder aus dem Fell von Rentierseinen. Die Kleidung der Frau weicht nicht wesentlich von der des Mannes ab. Der Hauptunterschied besteht in den Bekleidungen, die aus Hasenfellen und kürzer als die des Mannes sind, so daß die Stiefel fast die Länge des Beines bekommen.

Die Winterwohnungen bestehen aus kleinen Häusern mit einem Kuppeldach, die mit großer architektonischer Geschicklichkeit aus großen, flachen Steinen so aufgebaut sind, daß die Steine sich selbst ohne Stützen tragen. In der Regel wohnt jede Familie für sich. Als Eingang gibt ein sehr niedriger Gang, durch den man in den Wohnraum von unten her hineinkriecht. Diese Höhlen, deren Wände mit hellen Sechshandfellen bekleidet sind, können trotz ihrer Enge und der primitiven Anlage doch außerordentlich behaglich wirken. Die Steinpilze, die den größten Teil der Stube einnimmt, ist immer mit einer dicken Lage dufenden Dens bedeckt; darüber sind Bären- oder Rentierfelle ausgebreitet. Licht und Wärme spenden zwei bis drei Tranlampen aus Stein, die mit ihren langen Moosdochten eine Hitze entwickeln können, der das Adamskostüm entspricht, das im Hause üblich ist. Auf der Pfanne können gerade vier Menschen nebeneinander sitzen oder liegen; die Decke ist so niedrig, daß man nur selten aufrechtstehen kann. Dem Eingang gegenüber

An unsere Leser!

Alle Zeitungen sind wiederum gezwungen, vom 1. Dezember ab ihre Bezugspreise zu erhöhen. Die riesenhafte Steigerung aller zur Herstellung einer Zeitung notwendigen Materialien, besonders des Zeitungsdruckpapiers (1915: 10 000 kg. 2200 M., jetzt ca. 3 Millionen!) sowie die der Kartentagung entsprechende Erhöhung der Gehälter und Löhne machen es zur unbedingten Notwendigkeit.

Rheinische Volkszeitung.
Wiesbadener Neueste Nachrichten.
Wiesbadener Tagblatt.
Wiesbadener Zeitung.

Der Bezugspreis der „Wiesbadener Neuesten Nachrichten“ beträgt vom 1. Dezember ab 100 M. monatlich, 420 M. monatlich, einschließlich Trägerlohn. Der Einzelverkaufspreis ist 20 M.

ben müsse. Er sieht in dem Verfassungswert einen kleinen Aufwärtsschritt und vertritt, daß seine Gruppe bis hierher mitgearbeitet habe und weiter mitarbeiten werde im Interesse der Kirche. Um 12 1/2 Uhr wurde die Kartentagung geschlossen; die Verhandlungen werden fortgesetzt.

Mitteilungen aus aller Welt.

Ueberflutung in der Wüste.

Wie aus Ägypten gemeldet wird, sind in der Wüste Sahara wolkenbruchartige Regengüsse niedergegangen, die eine Ueberflutung herbeigeführt und großen Schaden angerichtet haben. Die Eisenbahnlinie Kairo-Tugurt ist an fünf Stellen unterbrochen. Ein Eisenbahnzug, der auf dieser Linie in Betracht kam, wurde plötzlich halt gemacht, als er einen 100 Quadrat-kilometer großen See vor sich erblickte, der die weitere Fahrt hemmte. Die Geleise, das der Zug passiert hatte, stand stellenweise bis zu einem halben Meter unter Wasser. Die Station Tugurt mußte aufgegeben werden. Eine große Anzahl von Gebäuden ist von den Regenströmen weggerissen worden. Seit dem Jahr 1917 war hier kein Tropfen Regen gefallen.

Neuer Arbeitslosenmarsch nach London? London beherbergt immer noch sehr viele Arbeitslose, die in Trupps und Kolonnen an allen englischen Städten anmarschiert kamen, um in London gemeinschaftlich zu demonstrieren. Ihr Einmarsch, der von allen Seiten genau zur selben Zeit erfolgte, erregte damals großes Aufsehen. Die Wirkung auf die Regierung aber ist verfehlt worden, da der neue englische Ministerpräsident sich weigert, eine Abordnung zu empfangen. Infolgedessen soll jetzt der Versuch gemacht werden, den Druck durch eine neue Demonstration zu vermehren. An alle Arbeitslosen Englands ist von London aus ein Aufruf ergangen, in dem es zum Schluß heißt: Sucht die Kräftigsten aus Euren Reihen und sendet sie zu uns. Der der Arbeitslosen vorwärts! Alle Wege führen nach London.

Das geimpfte Tanzen. Eine Impfung zwischen Nektrot und Tango gehört jedenfalls nicht zu den alltäglichen Dingen. Wegen der in England vorgenommenen Vorkrankungen lassen sich jetzt dort zahlreiche Personen impfen, und der Inhaber eines Londoner Tanzinstituts kam auf den Gedanken, seinen Kunden als besonderes Angebotsmittel die Möglichkeit zu geben, gelegentlich einer Tanzunterhaltung die Operation an sich vornehmen zu lassen. Die meisten Anwesenden machten von dieser Möglichkeit gern Gebrauch und baten in dem Nebenraum dem seines Amtes waltenden Arzt ihren Arm her. Zur großen Genugung der Teilnehmerinnen an dem Tanzabend liehen sich die weiblichen Impflinge ohne Ausnahme die Operation nicht im geringsten in ihrer guten Laune über. Während zwei der männlichen Opfer schmerzhaft wurden und bei Tanzen unterbrechen mußten.

Berliner Devisenmarkt.

An der gestrigen Berliner Börse wurden bezahlt für:	
1 belg. Franken	498,75 Mark
1 Pfund Sterling	3471,87 "
1 Dollar	7630,87 "
1 franzö. Franken	543,68 "
1 Schweizer Franken	1448,37 "
100 österr. Kronen	11,02 "
1 holländ. Gulden	3067,30 "

Amtlicher Wetterbericht.

Voraussichtliche Witterung für morgen:
Meist bedeckt. Niederschläge (Regen), milde Seewinde aus westlicher Richtung.

beendet sich ein Fenster aus zusammengeknüllten Dornhähnen, dessen Mitte immer ein kleines rundes Guckloch ist. Durch dessen anderes Loch oben an der Decke zieht die schlechte Luft ab. Auf den festen Winterhäusern baut man aus großen Schneehäusern, auch Schneehäuser, und zwar mit großer Kunstfertigkeit. Inneres ist ganz so eingerichtet wie das der Steinhäuser, und kein Blockhaus in der Welt kann sich an Wärme mit einem solchen Schneehaus messen. Der kurze Sommer ist die Zeit des freiluftlebenden im Zelt. Die Feldzelte bestehen aus zwei Lagen von Sechshandfellen übereinander und halten daher jedem Wetter den Regen ab. Auch hier brennen die Tranlampen, die dem Zelt eine solche Temperatur verleihen, daß man darin wohnen bleibt, bis Ende September der Winter den Herbst abbläst.

Kein Polareskimo bleibt länger als ein oder zwei Jahre an einer Stelle wohnen; dann erwacht seine Sehnsucht, in neue Verhältnisse zu kommen und in anderen Jagdgebieten zu jagen. Ihre finanzielle Anpassung an das rauhe Leben macht die Menschen, die nach einem einfachen und praktischen, allen gleichen Rechte und gleichen Chancen gebenden Kommunismus leben, den sorgenfreiesten Erdentindern, die frohe Gemeinschaft unter einander halten, ihre Frauen und Kinder gut behandeln und sich familienweise durch ein Band der Anhänglichkeit verbunden fühlen, das sich oft in ergreifender Weise zeigt.

Vom Büchertisch.

Helmuth Stümke: Wanderfelle. Quelle u. Neumann, Leipzig.

Ein Drama, in dem Traum und Leben ineinanderspinnen. Eine unglückliche Frauenfelle, verbittert durch die Missetaten Daseins, erlebt im Traume jene alttestamentliche Geschichte der Heilung Narmans, des jüdischen Heilshauptmanns, durch Elisa, den Jahve-Propheeten, die der Dichter umformend in tiefste. So findet sie Erlösung im fabelhaften Dabinschelden. Wert hat poetischen Gehalt und hält sich von jeder modischen Verzerrung fern.

Gans Pflüger hat im Verlag J. Engelhorn's Nachf. Stuttgart, zum Gedächtnis des unlängst verstorbenen ausgezeichneten Cellisten Heinrich Kiefer eine feinsinnige, von warmen Empfindungen getragene Studie veröffentlicht, die allen Freunden der Verehrten des Künstlers eine wehmütige Freude bereiten wird. Die Schrift ist in einer beschränkten Auflage handschriftlich in reichhaltiger Exemplare erschienen. — Frank Zisch, der einen im Baltikum spielenden Roman vollendet, der im gleichen Verlag erschienen ist.

Der praktische Landwirt.

Stickstoff und Getreideumlage.

Mit Vertretern der landwirtschaftlichen Organisationen handelte der Reichsernährungsminister eine Besprechung über die Stickstoffumlage ab. Der Referent des Reichsernährungsministeriums betonte, daß bis März 1923 höchstens 250 000 Tonnen Salpeter eingeführt werden könnten. Daraus läßt sich eine Umlage nicht mehr in Frage, da der Salpeter im Frühjahr als Düngemittel für die Winterfrüchte gegeben werden sollte. Das Reichsernährungsministerium habe sich bereit erklärt, bis zu diesem Zeitpunkt die in Frage kommende Menge zu transportieren. Mit dem Reichsernährungsministerium müßte erst noch die Frage der Bereitstellung der erforderlichen Mittel abgeklärt werden.

Von landwirtschaftlicher Seite wurde erklärt, daß an und für sich jede Stickstoffumlage der Landwirtschaft nur willkommen sei, daß es aber bedauerlich sei, daß vier Jahre nach dem Kriege die einheimische Stickstoffherstellung immer noch nicht den Anforderungen der Landwirtschaft genüge. In Übereinstimmung mit den Erklärungen der landwirtschaftlichen Abgeordneten im Reichstag und den Neuerungen des Staatssekretärs Dietrich auf der Plenarversammlung der Preussischen Landwirtschaftskammer müsse aber eine Umlage der Stickstoffumlage mit der Getreideumlage abgeleitet werden. Es erscheine möglich, daß die Stickstoffumlage, außer einem festen Preis von 30 Mark, einen Zuschlag von 10 Mark pro Tonne Umlagegetreide auf der vorgeschriebenen Salpetermenge bedeuten könne. Wenn dies aber, wie vorausgesehen, nicht möglich sei, so müßte das Reich zur Erfüllung seiner Verpflichtung auf den einheimischen Stickstoffmarkt zurückgreifen. Dies würde natürlich zu unerwünschten Preissteigerungen führen und die Ausführung von privaten Stickstoffbestellungen noch mehr verteuern, als es jetzt schon der Fall ist. Eine derartige Beeinträchtigung des freien Stickstoffverkehrs ließe aber weder im Interesse der Landwirtschaft, noch der Industrie, noch auch der Konsumenten.

Kartoffeln nicht roh an Schweine verfüttern!

In der „Dannov. landwirtsch. und forstwirtsch. Zeitung“ erregt der Leiter der Stüttlinger landwirtschaftlichen Versuchsanstalt, Dr. Franz Schmied, die Frage, ob unter Berücksichtigung der zu hohen Brennwertkosten die Kartoffeln roh oder gedämpft zu verfüttern sind, um eine noch löbende Fleischherstellung zu erzielen. Aus der Hand von gewissen Ermittlungen der Dampfmengen und unter Berücksichtigung der heutigen Kartoffelpreise und der heutigen Schweinepreise. Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich das Verhältnis der Kartoffeln durchaus verantworten läßt, daß es im Vergleich zum Schweinepreis nicht teurer geworden ist, als es vor dem Kriege war.

Die gegenteilige Behauptung,“ sagt er zum Schluß, „ist eine optische Täuschung. Man sieht die Ausgaben zu groß und die Einnahmen zu klein. Was für die Lebensführung sonst ein recht gesunder Grundlag ist, wird hier zum wirtschaftlichen Fehler. Denn die aufgeworfene Frage hat eine sehr ernsthafte Seite. Es werden sich trotz alledem eine ganze Menge von Landwirten entziehen, die Kartoffeln roh zu verfüttern, und hiermit wird die Erzeugung von Stickstoffmangel erheblich geschädigt werden. Die rohen Kartoffeln werden schlechter verdaut, sie werden ferner in geringerer Menge getroffen als die gedämpften Kartoffeln, und das ist für den Gewinn aus der Schweinemast verhängnisvoll. Nur die reichliche Fütterung bringt Gewinn. Jede Minderleistung in der Schweinemast, welche den Futterverbrauch herabsetzt, bringt Schaden. Man bemerkt ihn in der Praxis nur nicht gleich, und wenn im Frühjahr die Schweine 30 oder 40 Kilo weniger wiegen als bei voller Kartoffelmast, ist es für die Einsicht zu spät. Die kostbare Nährsubstanz, welche in den Kartoffeln steckt, ist dann verendet. Deshalb warne ich auf das eindringlichste davor, die Kartoffeln roh an Schweine zu verfüttern.“

Rheinische Winzerzettelung.

Village Reims in Frankreich. In Paris hat kürzlich die Gesellschaft der französischen Winzer getagt, der über 800 Weinbauern angehört. Der Vorsitzende berichtete darüber, daß die diesjährige außerordentlich reiche Ernte die Preise vermutlich stark drücken werde. Es sind in diesem Jahre über 70 Millionen Hektoliter einverleitet gegenüber 54 Millionen im Vorjahre. Der Preisrückgang wird in erster Linie die billigen Weißweine treffen, doch rechnet man auch mit einem Rückgang der Preise bei den Bordeauxweinen, zum Teil haben die Winzer ihre Vorräte schon veräußert, da es ihnen an den nötigen Kellereien fehlt, um den ganzen Ernteertrag unterzubringen. Auf der Versammlung in Paris wurde vor dieser Verkleinerung ausdrücklich gewarnt. In Paris kostete der Liter Wein 1.60 Fr.; er ist inzwischen auf 1.20 zurückgegangen und wird vermutlich sehr bald nur noch 1 Fr. betragen.

Allerlei.

Der Tee wird teurer.

Von einer Minderzahl an Tee in Indien und den übrigen Teeländern berichten die Zeitungen. Außer der Preissteigerung, wie sie für alle Erzeugnisse bei uns nun schon üblich ist, kommt dazu nun auch noch diejenige infolge der schlechten Ernte. Da sollte mancher Teetrinker seine Teedüchse nicht mehr mit dem teuren Kranz des Auslandes füllen, sondern mit den aromatischen Blättern der heimischen Gewächse, und mehr noch sollte die Mahnung allgemeine Beachtung finden: Trinkt deutschen Tee. Nun wird mancher seinen Kopf schütteln und meinen: Ja, aber es ist doch Winter draußen und kein Blättlein grünt mehr. Das ist recht, die eigentlichen Teepflanzen unseres Vaterlandes beginnen erst wieder im kommenden Frühjahr zu frischen. Der alte noch nicht in diesem Jahre an das Sammeln deutschen Tees

gedacht hat, wird auf seine noch vorhandenen Vorräte angewiesen sein. Und auch das nicht ganz. Die diesjährige Ernte war eine reiche und den Winter hindurch gibt es bei ihrem Verbrauch manchen Abfall. Die Apfelsäcken aber, ohne zu viel Dose getrocknet, geben einen vorzüglich schmeckenden Kaffee, der wohl im Lande ist, uns über die paar Wintermonate hinwegzuleiten.

Wenn aber die Frühlingssonne die ersten Triebe hervorlockt, dann sollte man es nicht verpassen, Blätter, Ästen und Ästchen zu sammeln. Es gibt in unseren Vaterland eine Menge wildwachsender Pflanzen, die einen Tee liefern, der den ausländischen nicht nur vollkommen ersetzt, sondern nebenbei auch noch allerlei Heilwirkungen übt. Auch ist ihre Sammlung gar nicht schwer und mühsam. In Massen gedeihen sie bei uns an den Böden, am Waldrand und sind vielleicht darum nicht geachtet, weil sie sich gar zu ausdauernd anbieten. Das sollte indessen kein Grund sein, sie nicht zu sammeln. Auch ihre Verfeinerung ist leicht. Man braucht sie nur in einem warmen Raume auszubreiten und öfters umrühren. Das Aroma leidet nur, wenn die Trocknung bei großer Hitze oder in der Sonne geschieht. Die Blätter müssen so trocken sein, daß sie beim Zusammenreiben knistern. Ihre Aufbewahrung geschieht am besten in Säcken oder Dosen.

Von Blättertees sind die besten Brombeere (dem echten Tee am ähnlichsten), Himbeere (weniger ausdauernd), Erdbeere (von feinem Geschmack). Heidelbeere (wegen der Kleinheit der Blätter mühsam zu sammeln, aber gut), Wildrose, Weißdorn (etwas herb), Pfefferminze (sehr würzig), Walnussbaum. Mischungen dieser Blätter (etwa Brom-, Dam- u. Erdbeere) sind sehr gut. Blättertees dienen meist als Heiltee, doch geben viele von ihnen wegen ihres besonders feinen Geschmacks einen Zusatz zu dem Blättertee, z. B. Himmelsschiffel, Linde, Schwaradorn, Klee. Versehen sei nicht ein Samener aus den Kernen der wilden Rose, die man von den Kernen befreit durch Waschen und dann trocknet. Der Tee aus diesen Kernen muß aber mindestens 1/2 Stunde kochen, während man anderen Tee nur sieben läßt, allerdings länger als ausländischen.

Das ganze Jahr hindurch ist also für den Teetrinker Zeit und Gelegenheit, seinen Tee draußen zu sammeln. Im Frühjahr die Blätter, im Sommer die Ästen, im Herbst die Wildrosenblätter.

Die Erzeugnisse der Obstbäume und Sträucher zwecks Bekämpfung von Mehltau, Schorf (Rustkrankheit), Falschschimmel (Monilia), Schildläuse usw. beginnen zweckmäßig schon zu Anfang des Winters. Anstelle der bisher hierfür üblichen Schwefelkalkbrühe ist neuerdings das Schwefelpräparat Salsar mehr und mehr in Gebrauch gekommen. Salsar ist ein Pulver, welches in Paketen von 1 Kilo an erhältlich ist und durch einfaches Auflösen in Wasser eine sofort spritzfertige und der Schwefelkalkbrühe vollkommen gleichwertige Flüssigkeit ergibt.

Reinigung gebrauchter Pflanzens. Ein gutes Mittel, um gebrauchte Pflanzens zu reinigen, besteht darin, dieselben in ein Gefäß mit Wasser zu tun, in welchem sich 10 Prozent Schwefelsäure befinden. Die Pflanzens müssen 24 Stunden darin liegen und sind dann vollständig gereinigt, ohne daß auch nur der geringste Schimmelfleck verbleibt. Man wäscht sie mit kochendem Wasser und darauf mit kaltem Wasser und kann sie nun sofort zum Pflanzens von Mehltau, die gewöhnlichen Mehltau, Bier oder dergleichen enthalten, verwenden.

Urania

30 Bleichstr. 30

Ab heute bis einschliesslich 7. Dez.

Unter den

Goldgräbern

Dawson-City

amerikan. Sitten-

drama auf den

Bühnenfeldern von

Alaskas,

den Hauptrollen

Dorothy Phillips,

Priscilla Dean

(Mutter von Nihil).

Dieses 2mal ver-

ständete gewese-

ne Bild führt uns

in russ. spannend.

Handlungen durch

das Wunderland

Alaska.

Kost. Beiprogramm.

Kunsthonig

Mik. 135.—

Alle anderen Back-

artikel preiswert.

Ferd. Alexi,

(Mutter von Nihil).

Felden 61

man inventions

get patentiert in Eng-

land America nor in

alle sells at cheap

prices.

Lehmann, Wiesbaden 22.

Bekanntmachung!

Mache die geehrten Herrschaften aufmerksam

dass ich nachweislich höchste Preise zahle für

Brillanten, Gold- und Silber-

gegenstände, auch zerbr.

Zahngelisse, Uhren, Ketten, Ringe, Bestecke

Wagemannstr. 13, 2. Stock.

Kein Laden, ungeniert und diskret.

F. Schiffer, Telephon 3499.

„Nur 13“. Für Damen separate Räume.

Zahle für Zeitungen p. Kg. 60 M.

Pumpen, Eisen, Metall-Lüfter, Strickwollabfälle

Höchstpreise.

Binkbadewannen bis 10 000 Mark.

Gersbach, Hochstraße 8, Hof.

Annahme: 8 u. 12, Marktstraße 12, 2. Stod.

Telefon 4582. (Bestellungen abgeholt.) (91302)

Ord. Frau I. Hausard,

Hilowstr. 2, 1. Et. rechts.

2 anterb. gebrauchte

Kassenschränke

und 2 prima gebrauchte

Pianos

stehen billig z. Verkauf.

Kantenberg,

Oranienstraße 12 im

Auktionshaus. (91290)

Sch. Still,

Blücherstraße 3, Hof,

Telephon 6068. (9088)

Nur solange Vorrat!

Prima braune Bohnen . . . per Pfd. M. 110.—

„ Speisebruchreis 200.—

„ Weizenmehl 200.—

„ Maisgrieß 180.—

„ Nudeln 220.—

„ Weizengrieß 240.—

„ Weihnachtsherzen per Pfd. M. 180.—

Mengenabgabe vorbehalten.

Landesprodukten-Haus

Bärenstraße 7. (5440)

Platin-Gold-Silber- u. Dublee-

Gegenstände u. Bruch

sauf zu höchsten Preisen

als Fachmann

Paul Engelmann,

Miehlsberg 13, 1. Stod.

Grube Strohmist

zu verk. Hermannstr. 20.

Öffentlicher Hinweis.

Steuerschlichter, die mit der Zahlung der Um-

schaltener für die zurückliegenden Jahre und mit

den Vorauszahlungen auf diese Steuer für das 1.

bis 3. Vierteljahr 1922 im Rückstand sind, werden

darauf hingewiesen, daß diese Zahlungen für die

zurückliegenden Jahre 14 Tage nach der Aufstellung

des Steuerbescheides fällig werden.

Die Vorauszahlungen für 1922 sind jedesmal

im Laufe des Monats fällig, der auf das voraus-

gegangene Vierteljahr folgt.

Im Falle der Verhinderung erfolgt demnach

öffentliche abgabepflichtige Mahnung.

Wiesbaden, den 28. November 1922.

Finanzamt Wiesbaden. (5435)

Erhöhung der allgemeinen Tarifpreise für Wasser, Gas und elektrische Arbeit.

Infolge der eingetretenen wesentlichen Erhöhung

der Kohlenpreise werden mit Beginn des Be-

brauchsmontats Dezember 1922

1. der Wasserpriß auf 60 M je Kubikmeter;

2. der Gaspreis auf 120 M je Kubikmeter;

3. der Lichtstrompreis auf 210 M je K.W.-St. u.

4. der Kraftstrompreis auf 135 M je K.W.-St.

erhöht.

Wiesbaden, den 20. November 1922.

Der Magistrat. (5328)

Bekanntmachung

betreffend den Andreasmarkt.

Es wird hiermit zur Kenntnis der Markt-

besucher gebracht, daß während des am 7. und

8. Dezember d. J. stattfindenden Andreasmarktes

familiäre Verkaufsstände und Verkaufsstände um

8 Uhr abends und sämtliche Schaubuden, einchl.

Karussells, um 10 Uhr abends geschlossen sein

müssen.

Verkaufsstände u. Verkaufsstandbesitzer, welche

nach 8 Uhr abends, sowie Schaubuden- und Ka-

rusellbesitzer, welche nach 10 Uhr abends noch ge-

öffnet haben sollten, werden auf Grund der §§ 28

und 29 der Marktpolizei-Verordnung vom 1. De-

zember 1901, bzw. der §§ 2 und 6 der Polizei-

Verordnung über die Vollstreckung vom 20. Sep-

tember 1921 bestraft werden.

Jedes hörende Geräusch durch Musikinstrumente

und dergleichen ist nach 10 Uhr abends unbedingt

untersagt.

Schaubuden- und Karussellbesitzer, welche die

Anordnungen der mit der Aufrechterhaltung der

öffentlichen Ordnung auf dem Markte beauftragten

Polizeibeamten nicht befolgen, haben, wie ihnen be-

reits bei Erteilung der Gekennung eröffnet wor-

den ist, sofortige Entfernung vom Markte unnach-

sichtlich zu gewärtigen.

Wiesbaden, den 28. November 1922.

Der Polizei-Präsident: Krause. (11)

Wiesbadener Straßenbahnen.

Am 1. Dezember treten Fahrpreisverhöhungen

der folgende

Fahrplan

1. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

2. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

3. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

4. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

5. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

6. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

7. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

8. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

9. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

10. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

11. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

12. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

13. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

14. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

15. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

16. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

17. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

18. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

19. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

20. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

21. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

22. (schw.) Richtung Niebich-Wiesbaden:

